

AMTSBLATT



FÜR DEN LANDKREIS UND DIE STADT EICHSTÄTT

Gemeinsam herausgegeben vom Landkreis und der Stadt Eichstätt
85071 Eichstätt
Druck: Hausdruck Landratsamt

Freitag, 28.02.2025

Nr. 09

2025

Inhalt:

- 40 Investitionsförderung für private ambulante Pflegedienste
- 41 Vollzug der Baugesetze; Änderung Nr. 19 des Flächennutzungsplans der Stadt Eichstätt für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 73 Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße Bekanntmachung der Genehmigung der 19. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 6 Abs. 5 BauGB
- 42 Vollzug der Baugesetze; Bebauungsplan Nr. 73 „Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße“ Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB
- 43 Verbandssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung Denkendorf – Kipfenberg Vom 11.2.2025
- 44 Haushaltssatzung Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt Haushaltsjahr 2025

Bekanntmachungen des Landratsamtes

- 40 Investitionsförderung für private ambulante Pflegedienste

Der Landkreis Eichstätt fördert Investitionen ambulanter Pflegedienste gemäß den Richtlinien des Kreistages vom 19.04.2002 (vgl. AGSG und AVSG).

Die Antragsfrist für die Förderung der Investitionen des Jahres 2024 endet am 16.05.2025. Antragsformblätter können beim Landratsamt Eichstätt, Kreisfinanzverwaltung, Residenzplatz 1, 85072 Eichstätt angefordert werden (Tel. 08421/70-1410).

Eichstätt, 27.02.2025
gez. Alexander Anetsberger
Landrat

Bekanntmachungen der Stadt Eichstätt

- 41 Vollzug der Baugesetze; Änderung Nr. 19 des Flächennutzungsplans der Stadt Eichstätt für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 73 Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße Bekanntmachung der Genehmigung der 19. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 6 Abs. 5 BauGB

Bekanntmachung

Die Regierung von Oberbayern hat mit Bescheid vom 18.02.2025, Az. 3-4621.34_06-9-2, die vom Stadtrat in der Sitzung vom 18.07.2024 festgestellte 19. Änderung des Flächennutzungsplans in der Planfassung vom 18.07.2024 mit der Begründung und dem Umweltbericht in der Fassung vom 18.07.2024 genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung dieser Flächennutzungsplanänderung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung wird die 19. Änderung des Flächennutzungsplans wirksam.

Jeder kann die 19. Änderung des Flächennutzungsplans mit der Begründung, dem Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung (nach § 6a Abs. 1 BauGB) gemäß § 6 Abs. 5 Satz 3 BauGB im Rathaus,

Marktplatz 11, Stadtbauamt, 2. Stock, Zimmer 206, während der allgemeinen Dienststunden einsehen und über deren Inhalts Auskunft verlangen. Für Auskünfte und Erläuterungen stehen Mitarbeiter des Stadtbauamtes gerne zur Verfügung.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen gem. der §§ 214 (Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplans; ergänzendes Verfahren) und 215 (Frist für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften) BauGB wird hingewiesen.

Nach § 215 Abs. 1 BauGB werden demnach unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und

2. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der 19. Änderung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Stadt

Eichstätt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Eichstätt, den 25.02.2025

Gez. Josef Grienberger
Oberbürgermeister



Lageplan zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße“

42 Vollzug der Baugesetze; Bebauungsplan Nr. 73 „Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße“ Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB

Bekanntmachung

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 18.07.2024 den Bebauungsplan Nr. 73 für die Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße als Satzung beschlossen.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 73 „Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße“ in Kraft.

Ab sofort wird der Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 73 mit der Begründung, dem Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BauGB im Rathaus, Marktplatz 11, Stadtbauamt, 2. Stock, Zimmer 206, während der allgemeinen Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Für Auskünfte und Erläuterungen stehen Mitarbeiter des Stadtbauamtes gerne zur Verfügung.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Nach § 215 Abs. 1 BauGB werden demnach unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und

3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Eichstätt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 4 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Eichstätt, den 25.02.2025

Gez. Josef Grienberger
Oberbürgermeister



Lageplan zum Bebauungs- und Grünordnungsplans Nr. 73 "Freiflächenphotovoltaikanlage Römerstraße"

Bekanntmachungen anderer Behörden

Zweckverband zur Wasserversorgung

Denkendorf – Kipfenberg

43 Verbandssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung Denkendorf – Kipfenberg Vom 11.2.2025

Aufgrund Art. 19 KommZG erlässt der Zweckverband zur Wasserversorgung Denkendorf – Kipfenberg folgende

Verbandssatzung

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Rechtsstellung

Name und Sitz

(1) Der Zweckverband führt den Namen "Zweckverband zur Wasserversorgung Denkendorf - Kipfenberg".

(2) Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Zweckverband hat seinen Sitz bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Eichstätter Berggruppe in Eichstätt, Römerstr. 23.

§ 2

Verbandsmitglieder

(1) Verbandsmitglieder sind die Stadt Beilngries, der Markt Kipfenberg und die Gemeinde Denkendorf, alle Landkreis Eichstätt.

(2) Andere Gemeinden oder Landkreise können dem Zweckverband beitreten. Der Beitritt bedarf einer Änderung der Verbandssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) Jedes Verbandsmitglied kann zum Schluss eines Haushaltsjahres aus dem Zweckverband austreten, wenn die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl zustimmt. Der Austritt von Verbandsmitgliedern bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und einer Änderung der Verbandssatzung. Das Recht, aus wichtigem Grund zu kündigen (Art. 44 Abs. 3 KommZG), bleibt unberührt.

§ 3

Räumlicher Wirkungsbereich

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gebiet

1. des Stadtteils Irfersdorf der Stadt Beilngries,
2. der Gemeindeteile Attenzell, Biberg, Böhming mit Regelmansbrunn, Buch, Dunsdorf, Grösdorf mit Kemathen, Irlahüll, Krut, Kipfenberg mit Birkalmühle, Oberremmendorf und Schelldorf des Marktes Kipfenberg,
3. der Gemeindeteile Altenberg, Denkendorf, Dörndorf, Gelbelsee, Schönbrunn, Bitz und Zandt der Gemeinde Denkendorf.

§ 4

Aufgaben des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder

(1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, eine gemeinsame Wasserversorgungsanlage einschließlich der Ortsnetze zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und die Anlage im Bedarfsfall zu erweitern; er versorgt die Endverbraucher mit Trinkwasser, das den einschlägigen DIN-Vorschriften entspricht.

(2) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgabe ohne Gewinnabsicht.

(3) Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband übertragenen Aufgaben zu erfüllen und die notwendigen Befugnisse auszuüben, gehen auf den Zweckverband über.

(4) Der Zweckverband hat das Recht, an Stelle der Verbandsmitglieder Satzungen und Verordnungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen.

(5) Die Verbandsmitglieder sichern und überwachen in ihrem Gebiet die Versorgungsanlagen des Zweckverbandes nach dessen Richtlinien. Sie haben die für den Feuerschutz eingebauten Anlageteile auf ihre Kosten gebrauchsfähig (einschließlich Erneuerung) zu halten.

(6) Außerhalb des Verbandsgebietes ist die Wasserlieferung an Gemeinden und Gemeindeteile (Wassergäste) möglich.

II. Verfassung und Verwaltung

§ 5

Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsausschuss,
3. der Verbandsvorsitzende.

§ 6

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten.

(2) Jedes Verbandsmitglied entsendet mindestens einen Verbandsrat in die Verbandsversammlung.

(3) Die Zahl der weiteren Vertreter, die ein Verbandsmitglied in die Verbandsversammlung entsendet, richtet sich nach der in seinem Gebiet abgenommenen jährlichen Wassermenge, wobei je volle 35.000 m³ das Recht ergeben, einen weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden. Die Berechnung der Anzahl, die nach jeder Kommunalwahl erfolgt, richtet sich nach der in den letzten drei Jahren vor der Kommunalwahl durchschnittlich abgenommenen Wassermenge.

(4) Ein Verbandsmitglied wird in der Verbandsversammlung durch den ersten Bürgermeister vertreten (geborener Verbandsrat), im Falle der Verhinderung tritt an seine Stelle sein Stellvertreter. Mit Zustimmung der in Satz 1 Genannten kann ein Verbandsmitglied auch andere Personen als ihre Vertreter bestellen.

(5) Die weiteren Vertreter eines Verbandsmitglieds in der Verbandsversammlung werden durch die Beschlussorgane der Verbandsmitglieder bestellt (gekorene Verbandsräte).

(6) Von den Verbandsmitgliedern wird für jeden Verbandsrat für den Fall seiner Verhinderung ein Stellvertreter bestellt. Absatz 4 Satz 1, zweiter Halbsatz bleibt unberührt. Verbandsräte können nicht untereinander die Stellvertretung ausüben.

(7) Die Amtszeit der Verbandsräte und ihrer Stellvertreter dauert sechs Jahre; bei Inhabern eines kommunalen Wahlamtes und Mitgliedern der Vertretungsorgane eines Verbandsmitglieds endet das Amt als Verbandsrat mit dem Ende der Amts- oder Wahlzeit. Scheiden Verbandsräte, die nach Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 bestellt wurden, vorzeitig aus dem Wahlamt oder dem Vertretungsorgan aus, so hat das Verbandsmitglied die Bestellung zu widerrufen. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte weiter aus.

(8) Die Verbandsmitglieder können ihre Verbandsräte anweisen, wie sie in der Verbandsversammlung abzustimmen haben. Hat ein Verbandsrat entgegen der Weisung abgestimmt, so berührt das die Gültigkeit des Beschlusses der Verbandsversammlung nicht.

§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich einberufen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort sowie die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf vierundzwanzig Stunden abkürzen.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn es ein Drittel der Verbandsräte oder die Aufsichtsbehörde oder das Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft oder in dessen Auftrag das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt beantragt; im Antrag sind die Beratungsgegenstände anzugeben.

(3) Die Aufsichtsbehörde und das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt sind von der Sitzung zu unterrichten. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 8

Sitzungen der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor und führt in ihr den Vorsitz.

(2) Die Vertreter der Aufsichtsbehörde und des Wasserwirtschaftsamtes Ingolstadt haben das Recht, an den Sitzungen beratend teilzunehmen. Auf Antrag ist ihnen das Wort zu erteilen. Die Verbandsversammlung kann auch andere Personen hören.

§ 9

Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Verbandsräte anwesend und stimmberechtigt ist.

(2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienen beschlussfähig; auf diese Folge ist in der zweiten Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

(3) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit oder diese Verbandsatzung nicht etwas anderes vorschreiben. Jeder Verbandsrat hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Es

wird offen abgestimmt. Kein Verbandsrat darf sich der Stimme enthalten; enthält sich ein Verbandsrat trotzdem der Stimme, so gehört er nicht zu den Abstimmenden.

(4) Für Wahlen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend; die Vorschriften über die persönliche Beteiligung gelten nicht. Es wird geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen statt. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stimmen erhalten, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Hat ein Bewerber die höchste, zwei oder mehr Bewerber die gleiche nächsthöhere Stimmzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von diesen in die Stichwahl mit dem Bewerber mit der höchsten Stimmzahl kommt.

(5) Die Beschlüsse und Wahlergebnisse der Verbandsversammlung sind niederzuschreiben. Die Niederschrift muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Verbandsräte und die der abwesend unter Angabe ihres Abwesenheitsgrundes, die behandelten Gegenstände, die Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis ersehen lassen. Haben Verbandsräte einem Beschluss nicht zugestimmt, so können sie verlangen, dass dies vermerkt wird.

(6) Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden und vom Schriftführer zu unterschreiben und von der Verbandsversammlung zu genehmigen. Als Schriftführer kann eine Dienstkraft des Zweckverbandes oder eines Verbandsmitgliedes, soweit dieses zustimmt, zugezogen werden.

(7) Die Mitglieder der Verbandsversammlung können jederzeit die Niederschrift einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen.

(8) Abschriften der Niederschrift sind unverzüglich den Verbandsmitgliedern und der Aufsichtsbehörde zu übermitteln.

§ 10

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Aufgaben des Zweckverbandes werden von der Verbandsversammlung wahrgenommen, soweit nicht nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit, der Verbandsatzung oder besonderen Beschlüssen der Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende, der Verbandsausschuss, ein anderer beschließender Ausschuss oder ein Geschäftsleiter selbständig entscheidet.

(2) Die Verbandsversammlung ist ausschließlich zuständig für

1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;

2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder Aufhebung von Satzungen und Verordnungen;

3. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, über die Nachtragshaushaltssatzungen, über Einwendungen gegen die Haushaltssatzung und die Nachtragshaushaltssatzungen sowie die Beschlussfassung über die Aufnahme von zusätzlichen Krediten während der vorläufigen Haushaltsführung;

4. die Beschlussfassung über den Finanzplan;

5. die Feststellung der Jahresrechnung und die Entlastung;

6. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters, die Bestellung der Mitglieder des Verbandsausschusses und die Festsetzung von Entschädigungen;

7. die Bildung, Besetzung und Auflösung weiterer Ausschüsse;

8. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung,

9. die Beschlussfassung über die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern.

(3) Die Verbandsversammlung beschließt ferner über die anderen ihr im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen Gegenstände, wenn nicht der Verbandsausschuss nach § 14 zuständig ist. Sie ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über

1. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken;

2. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Zweckverband Verpflichtungen in Höhe von mehr als 50.000,- € mit sich bringen; § 14 Abs. 1 Nr. 2 bleibt unberührt;

3. die Jahres- und Mehrjahresausbauprogramme für die Durchführung der Unterhaltungsarbeiten.

Die Verbandsversammlung kann diese Zuständigkeiten allgemein im Rahmen der Geschäftsordnung oder für den Einzelfall auf den Verbandsausschuss übertragen. Sie kann die Übertragung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

§ 11

Rechtsstellung der Verbandsräte

(1) Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

(2) Verbandsräte, die Kraft ihres Amtes der Verbandsversammlung angehören, haben gegenüber dem Zweckverband Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen, insbesondere der Reisekosten (Fahrt-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten) nach den Sätzen der Stufe A des Bayer. Reisekostengesetzes.

(3) Die übrigen Verbandsräte erhalten außer dem Auslagenersatz nach Abs. 2 eine Sitzungsgeldpauschale für jede Sitzung. Die Höhe der Entschädigungen setzt die Verbandsversammlung durch eine Entschädigungssatzung fest

(4) Verbandsräte, die Angestellte oder Arbeiter sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des entstandenen Verdienstausfalls. Seine Höhe ist durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen. Selbständig Tätige erhalten für die durch die Teilnahme an den Sitzungen bedingte Zeitversäumnis eine Pauschalentschädigung für jede Stunde Sitzungsdauer, wobei jede angefangene Stunde als volle Stunde zählt. Für Sitzungen, die nach 18 Uhr oder an Samstagen, Sonntagen oder gesetzlichen Feiertagen stattfinden, wird selbständig Tätigen keine Verdienstausfallentschädigung gewährt.

(5) Verbandsräte, die keinen Ersatzanspruch nach Abs. 4 haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich durch die Teilnahme an Sitzungen ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeitszeit oder das Heranziehen einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung für jede

Stunde Sitzungsdauer, wobei jede angefangene Stunde als volle Stunde zählt.

§ 12

Zusammensetzung des Verbandsausschusses

(1) Der Verbandsausschuss besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und sechs weiteren Mitgliedern.

(2) Die Verbandsversammlung bestellt aus ihrer Mitte die weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses und für jedes weitere Mitglied einen Stellvertreter. Die Bestellung gilt für die Dauer der Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Die Bestellten können nur aus wichtigen Gründen von der Verbandsversammlung abberufen werden.

§ 13

Sitzungen und Beschlüsse des Verbandsausschusses

Für Sitzungen und Beschlüsse des Verbandsausschusses gelten die §§ 8 und 9 entsprechend. Die Sitzungen des Verbandsausschusses sind nichtöffentlich.

§ 14

Zuständigkeit des Verbandsausschusses

(1) Der Verbandsausschuss ist zuständig

1. die Angestellten des Zweckverbandes im Rahmen des Stellenplans einzustellen, höherzugruppieren und zu kündigen;

2. Lieferungen und Leistungen in der Höhe von 25.000,- € bis 50.000,- € zu vergeben sowie Rechtsgeschäfte in dieser Höhe abzuschließen;

3. den Entwurf der Haushaltssatzung zu erstellen;

4. Maßnahmen gegen Verbandsmitglieder zur zwangsweisen Durchsetzung ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber dem Zweckverband einzuleiten;

5. die von dem Vorsitzenden und den Dienstkräften des Zweckverbandes zur Erfüllung seiner Aufgaben ausgeübten Tätigkeiten laufend zu überwachen;

(2) Der Verbandsausschuss ist ferner zuständig für alle Angelegenheiten, die ihm durch die Geschäftsordnung oder durch Einzelbeschluss der Verbandsversammlung übertragen werden.

§ 15

Rechtsstellung der Mitglieder des Verbandsausschusses

(1) Die Mitglieder des Verbandsausschusses sind ehrenamtlich tätig.

(2) § 11 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend. Die Sitzungsgeldpauschale nach § 11 Abs. 3 erhalten jedoch auch die Ausschussmitglieder, die der Verbandsversammlung kraft ihres Amtes als Verbandsräte angehören.

§ 16

Wahl des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte nach § 9 Absatz 4 gewählt. Der Verbandsvorsitzende soll der gesetzliche Vertreter eines Verbandsmitglieds sein.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von sechs Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamts eines Verbandsmitglieds, auf die Dauer dieses Amts gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neugewählten Verbandsvorsitzenden aus.

§ 17

Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.

(2) Der Verbandsvorsitzende vollzieht ferner die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung kraft Gesetzes dem ersten Bürgermeister zukommen. Er erfüllt die ihm im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen weiteren Aufgaben.

(3) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden unbeschadet des § 10 Abs. 2 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

(4) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinem Stellvertreter und laufende Verwaltungsangelegenheiten Dienstkräften des Zweckverbandes oder mit Zustimmung eines Verbandsmitgliedes dessen Dienstkräften übertragen.

(5) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Die Erklärungen sind durch den Verbandsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen. Dies gilt nicht für Geschäfte, die für den Zweckverband einmalige Verpflichtungen von nicht mehr als 25.000,- € mit sich bringen.

§ 18

Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

(2) Unbeschadet der §§ 11 und 15 erhält der Verbandsvorsitzende für seine Tätigkeit nach § 17 eine Aufwandsentschädigung, ebenso der Stellvertreter nach dem Maß seiner besonderen Inanspruchnahme. Die Verbandsversammlung setzt die Höhe dieser Entschädigung in einer entsprechenden Satzung fest.

§ 19

Dienstkräfte des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband beschäftigt Angestellte und Arbeiter, jedoch keine Beamte.

(2) Für die Bediensteten des Zweckverbandes gelten die kommunalen und tarifrechtlichen Bestimmungen.

(3) Der Verbandsvorsitzende führt die Dienstaufsicht über die Dienstkräfte des Zweckverbandes.

(4) Geschäftsleiter ist der Angestellte, dem die Leitung der Geschäftsstelle für die Wasserzweckverbände übertragen ist.

§ 20

Geschäftsstelle und Geschäftsleiter

(1) Die Geschäftsstelle des Zweckverbandes ist in Eichstätt, Römerstraße 23, eingerichtet. Die Geschäftsstelle unterstützt den Verbandsvorsitzenden nach seinen Weisungen bei den laufenden Verwaltungsgeschäften.

(2) Die Geschäftsstelle führt der Geschäftsleiter. Durch Beschluss der Verbandsversammlung können dem Geschäftsleiter Zuständigkeiten des Verbandsvorsitzenden nach § 17 Abs. 2 übertragen werden. Durch gesonderten Beschluss der Verbandsversammlung können dem Geschäftsleiter ferner unbeschadet des § 10 Abs. 2 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

(3) Der Geschäftsleiter nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung beratend teil.

III. Verbandswirtschaft

§ 21

Anzuwendende Vorschriften

Soweit nicht das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit etwas anderes vorschreibt, gelten für die Verbandswirtschaft die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechend.

§ 22

Haushaltssatzung

(1) Der Verbandsvorsitzende gibt den Entwurf der Haushaltssatzung rechtzeitig, jedoch mindestens einen Monat vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, den Verbandsmitgliedern bekannt.

(2) Während der Auflegungsfrist der Haushaltssatzung können die Verbandsmitglieder, die Einwohner der Verbandsmitglieder und die Abgabepflichtigen Einwendungen erheben.

§ 23

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von den Wasserabnehmern Abgaben nach den Vorschriften des Kommunalabgabenrechts.

(2) Der durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf für die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Wasserversorgungsanlage wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Investitionsumlage).

(3) Der durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckte laufende Finanzbedarf wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Betriebskostenumlage). Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der im vorletzten Jahr im Gebiet der einzelnen Verbandsmitglieder abgenommenen Wassermengen. Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der Wasseranteile der Verbandsmitglieder.

§ 24

Festsetzung und Zahlung der Umlagen

(1) Die Investitionsumlage und die Betriebskostenumlage werden in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festgesetzt. Sie können während des Haushaltsjahres nur durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden.

(2) Bei der Festsetzung der Investitionsumlage ist anzugeben

a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarfs für die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Wasserversorgungsanlage (Umlagesoll);

b) die Höhe des Investitionsumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied gemäß § 23 Abs. 2.

(3) Bei der Festsetzung der Betriebskostenumlage ist anzugeben

a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckten laufenden Finanzbedarfs (Umlagesoll);

b) die im vorletzten Jahr insgesamt abgenommene Wassermenge (Bemessungsgrundlage);

c) der Betriebskostenumlagebetrag der auf je angefangene 100 cbm der im vorletzten Jahr abgenommenen Wassermenge trifft (Umlagesatz);

d) die Höhe des Betriebskostenumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.

(4) Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid).

(5) Die Umlagen werden mit einem Viertel ihrer Jahresbeträge jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Werden sie nicht rechtzeitig entrichtet, so werden Verzugszinsen in Höhe von 1 v. H. für jeden angefangenen Monat der Säumnis erhoben.

(6) Ist die Investitionsumlage oder die Betriebskostenumlage bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt so werden bis zur Festsetzung vorläufig vierteljährliche Teilbeträge in Höhe der im abgelaufenen Haushaltsjahr zuletzt erhobenen Teilbeträge erhoben. Nach Festsetzung der Umlage für das laufende Haushaltsjahr ist über die vorläufigen Zahlungen zum nächsten Fälligkeitszeitpunkt abzurechnen.

§ 25

Kassenverwaltung

Der Kassenverwalter wird durch den Verbandsvorsitzenden der Eichstätter Berggruppe bestellt. Dieser bestellt auch den Stellvertreter des Kassenverwalters. Die mit den Kassengeschäften beauftragten Personen dürfen Zahlungen weder selbst anordnen noch bei ihrer Anordnung mitwirken.

§ 26

Prüfungswesen

(1) Die Jahresrechnung ist innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und sodann der Versammlung vorzulegen.

(2) Die Jahresrechnung wird von einem Prüfungsausschuss innerhalb von zwölf Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres örtlich geprüft. Der Prüfungsausschuss wird aus der Mitte der Versammlung gebildet. Er besteht aus drei Verbandsräten.

(3) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten wird die Jahresrechnung von der Versammlung festgestellt.

(4) Nach der Feststellung der Jahresrechnung veranlasst der Verbandsvorsitzende die überörtliche Rechnungsprüfung. Überörtliches Prüfungsorgan ist die Staatliche Rechnungsprüfungsstelle beim Landratsamt Eichstätt.

(5) Aufgrund des Ergebnisses der überörtlichen Rechnungsprüfung beschließt die Versammlung über die Entlastung.

IV. Schlussbestimmungen

§ 27

Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die Satzungen und Verordnungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt für den Landkreis bekanntgemacht. Die Verbandsmitglieder weisen in der für die Bekanntmachung ihrer Satzungen vorgesehenen Form auf diese Bekanntmachung hin. Die Satzungen und Verordnungen können in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes eingesehen werden.

(2) Sonstige öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes sind in ortsüblicher Weise vorzunehmen.

§ 28

Besondere Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde

(1) Die Aufsichtsbehörde kann die Versammlung einberufen, wenn der Vorsitzende und seine Stellvertreter verhindert sind und die Tagung der Versammlung unaufschiebbar ist.

(2) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern, wenn sie sich gleichgeordnet gegenüberstehen, und bei Streitigkeiten der Mitglieder des Zweckverbandes untereinander aus dem Verbandsverhältnis ist die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 29

Auflösung und Abwicklung

(1) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl in der Versammlung. Sie ist nur zulässig, wenn dadurch die Wasserversorgung im Verbandsgebiet nicht gefährdet wird.

(2) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Auflösung ist nach § 27 Abs. 1 amtlich bekanntzumachen.

(3) Der Zweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem Mitglied besteht; im letzteren Fall tritt das Mitglied an die Stelle des Zweckverbandes. Im Amtsblatt der Aufsichtsbehörde ist auf die Auflösung und den Übergang der Aufgaben hinzuweisen.

(4) Wird der Zweckverband aufgelöst, ohne dass seine Aufgaben für seinen räumlichen Wirkungsbereich vollständig von einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts übernommen werden, so hat er seine Geschäfte abzuwickeln. Er gilt bis zum Ende der

Abwicklung als fortbestehend, soweit es der Zweck der Abwicklung erfordert.

(5) Abwickler ist der Verbandsvorsitzende, wenn nicht die Verbandsversammlung etwas anderes beschließt.

(6) Der Abwickler beendet die laufenden Geschäfte und zieht die Forderungen ein. Um schwebende Geschäfte zu beenden, kann er auch neue Geschäfte eingehen. Er fordert die bekannten Gläubiger besonders, andere Gläubiger durch öffentliche Bekanntmachung auf, ihre Ansprüche anzumelden.

(7) Der Abwickler befriedigt die Ansprüche der Gläubiger. Im Übrigen ist das Verbandsvermögen nach dem Umlegungsschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder zu verteilen.

§ 30
Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Eichstätt in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 14. Juli 1979 (Amtsblatt für den Landkreis Eichstätt, Nr. 35), zuletzt geändert durch Satzung vom 24. April 2002 außer Kraft.

Denkendorf, 11. Februar 2025
Zweckverband zur Wasserversorgung
Denkendorf - Kipfenberg

Claudia Forster
Verbandsvorsitzende

44 Haushaltssatzung Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt Haushaltsjahr 2025

I.

Aufgrund der Art. 40 ff. des Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung, veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern (OBABl.Nr. 5/2025 vom 21. Februar 2025), erlässt der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 5.834.600

und

im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 5.603.500

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind in Höhe von 5.000.000 EURO vorgesehen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 17.500.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Die Umlage nach § 17 der Verbandssatzung wird auf 3.528.000,00 EURO festgesetzt.

Für die einzelnen Verbandsmitglieder errechnet sich folgender Umlagesatz:

a) Verwaltungshaushalt

Landkreis Eichstätt 26,62 % 934.354,33 EURO

Stadt Ingolstadt 27,74 % 973.646,59 EURO

Landkreis Pfaffenhofen 25,92 % 909.728,18 EURO

Landkreis 19,71 % 691.770,90 EURO

Neuburg/Schrobenhausen

3.509.500,00 EURO

b) Vermögenshaushalt

Landkreis Eichstätt 26,62 % 4.925,36 EURO

Stadt Ingolstadt 27,74 % 5.132,48 EURO

Landkreis Pfaffenhofen 25,92 % 4.795,55 EURO

Landkreis 19,71 % 3.646,61 EURO

Neuburg/Schrobenhausen

18.500,00 EURO

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 972.433 Euro festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2025 in Kraft.

II.

Die Regierung genehmigt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 16 der Verbandssatzung i. V. m. Art. 67 Abs. 4 GO, Art. 71 Abs. 2 GO; Art. 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KommZG und Art. 117 GO rechtsaufsichtlich den Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 5.000.000 € sowie den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren in Höhe von 17.500.000 € (Regierungsschreiben vom 23.01.2025).

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan liegen ab dem Tage der amtlichen Bekanntmachung bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung der Region Ingolstadt in der Geschäftsstelle, Auf der Schanz 30, 85049 Ingolstadt während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Ingolstadt, 04.12.2024

Zweckverband für Rettungsdienst und
Feuerwehralarmierung

Peter von der Grün

Landrat und Verbandsvorsitzender